

## Global Health Watch 6. In the shadow of the pandemic - DE

### Einführung

Vor 21 Jahren, im Jahr 2000, versammelten sich rund 1.500 Gesundheitsaktivisten aus 75 Nationen, die zahlreiche zivilgesellschaftliche Bewegungen vertraten, zu einer People's Health Assembly in Savar, Bangladesch, um eine neue globale Gesundheitsbewegung zu mobilisieren und das in der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verankerte Ziel zu erreichen: "Das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Überzeugung, der wirtschaftlichen oder sozialen Lage." Die Versammlung erarbeitete eine "People's Charter for Health", in der "Ungleichheit, Armut, Ausbeutung, Gewalt und Ungerechtigkeit" als Hauptursachen für Krankheiten genannt werden, und begann eine globale Lobbykampagne mit dem ehrgeizigen Thema "Gesundheit für alle". Die Versammlung begann auch mit der Organisation eines *Global Health Watch* als kritische und fortschrittliche Ergänzung zu den (damals jährlich erscheinenden) Weltgesundheitsberichten der WHO.

Die erste *Watch* erschien 2005 und bildete den Auftakt zu einer Kritik an der Tatsache, dass die Globalisierung die versprochenen Vorteile für Gesundheit und Wohlstand nicht bringt, die sich wie ein roter Faden durch alle nachfolgenden Ausgaben zieht. *Watch 2* erschien 2008, im selben Jahr, in dem der Abschlussbericht der bahnbrechenden Commission on the Social Determinants of Health (CSDH) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) veröffentlicht wurde und kurz bevor die Welt in das Chaos der großen Finanzkrise stürzte. 2011 konnte sich *Watch 3* mit den unmittelbaren Folgen dieser Krise befassen, in der Hoffnung, dass die Staats- und Regierungschefs, gestützt auf die Ergebnisse der CSDH und deren rasche Übernahme durch die Gesundheitsbehörden weltweit, eine Pause einlegen würden, um über die grundlegende Umstrukturierung der Weltwirtschaft nachzudenken, die nach ihrer öffentlichen (staatlichen) Rettung vor dem Beinahe-Zusammenbruch erforderlich war. Wie *Watch 4* im Jahr 2014 beklagte, kam es leider zu einer raschen Rückkehr einer toxischen neoliberalen Wirtschaftsorthodoxie, da die politischen und wirtschaftlichen Eliten der Welt es versäumten, die transformativen Auswirkungen der globalen Finanzkrise zu begreifen. Selbst als der Neoliberalismus zunehmend als fehlerhafte Ideologie entlarvt wurde, schienen die Politiker nicht in der Lage zu sein, sich von seinen politischen Nostrums zu lösen, während die Wirtschaftseliten ihn weiterhin für die Vorteile priesen, die er ihnen einbrachte. Im darauffolgenden Jahr wurden zwei historische Vereinbarungen getroffen, die auf eine andere Version der Zukunft hindeuten: die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), die für alle Länder gelten, und das Pariser Abkommen, in dem man sich zu Treibhausgasemissionszielen verpflichtete, um die Tem-



peraturen des Klimawandels in einem für die Menschen verträglichen Rahmen zu halten. Diese bildeten den Hintergrund für die *Watch 5* von 2017, die einen gewissen Optimismus für eine gesündere Zukunft zum Ausdruck brachte, aber auch eine zermürende Kritik an einer anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung übte, die weiterhin die strukturellen Bedingungen untergräbt, die notwendig sind, um eine gleichmäßig gesunde menschliche Bevölkerung zu gewährleisten, die vollständig von der ökologischen Nachhaltigkeit eines bedrohten Planeten abhängig ist.

Und so sind wir in der Gegenwart angelangt: Diese Ausgabe von *Global Health Watch* (<sup>th</sup>) erscheint zu einem weiteren kritischen Zeitpunkt für die globale Gesundheit: der COVID-19-Pandemie. Mehr als je zuvor in den mehr als 15 Jahren, in denen die *Watches* den Zustand der Weltgesundheit beurteilen, hat die Pandemie das Ausmaß der globalen Ungleichheiten beim Zugang zu den für die Gesundheit wichtigen Ressourcen und das Risiko, das dies für unser künftiges Überleben darstellt, offenbart. Auch wenn die reiche Welt langsam aus dem Schatten der Pandemie heraustritt, ist es unwahrscheinlich, dass ein Großteil der ärmeren Welt noch zwei oder mehr Jahre oder sogar noch viel länger damit zu tun haben wird. Wie bei allen früheren Ausgaben bleiben die Informationen und Analysen in *Watch 6* eingebettet in die Vision einer gerechteren, gleichberechtigteren und humaneren Welt und einer menschlichen Gesellschaft, die unsere ökozentrische Verantwortung gegenüber allen anderen Lebewesen, die unser zerbrechliches Zuhause mit uns teilen, stärker respektiert. Wie bei allen früheren Ausgaben beginnt auch diese mit einem Abschnitt über "Die globale politische und wirtschaftliche Architektur", in dem Verbindungen zwischen der globalen und der nationalen Ebene der Politik und ihrer Bedeutung für die Welt, die wir uns vorstellen, hergestellt werden. Der zweite Abschnitt *der Watch* konzentriert sich auf "Gesundheitssysteme" und zieht Lehren für Reformen, die durch die Pandemie noch dringlicher geworden sind. Der dritte Abschnitt geht über die Gesundheitsfürsorge hinaus und befasst sich mit mehreren kritischen sozialen und umweltbedingten Gesundheitsfaktoren, die sich auf die Politik in verschiedenen öffentlichen und privaten Sektoren auswirken. Der letzte Abschnitt "Watching" nimmt eine kritische Bestandsaufnahme der Global Governance im Gesundheitsbereich vor und konzentriert sich dabei auf einige wichtige Institutionen.

Wir schließen diese *Uhr* mit einem Aufruf an Gesundheitsaktivisten überall. Wir geben nicht vor, dass die Aufgaben zur Verwirklichung einer gesundheitlich gerechten und nachhaltigen Welt leicht zu bewältigen sein werden, aber das Buch hebt viele Hebelpunkte hervor, an denen sich Aktivisten sinnvoll engagieren können. Und es gibt Anzeichen dafür, dass trotz der zunehmenden autokratischen Unterdrückung der Durst der Aktivisten nach transformativen Veränderungen nicht abgenommen hat.

*Die globale und politische Architektur*



Die Pandemie hat zweifellos einen Großteil unserer globalen und politischen Architektur umgeworfen, was in vielen Kapiteln des Buches deutlich wird. Kapitel A1 verortet einen Großteil dieser Umwälzungen in der Fortsetzung dreier "existenzieller" Trends aus der Zeit vor der Pandemie: zunehmende wirtschaftliche Ungleichheiten, sich verschlimmernde ökologische Auswirkungen und wachsende Bewegungen von Menschen, die vor Armut, Konflikten, Klimawandel oder allen dreien Schutz suchen. COVID-19 machte es unmöglich, das Ausmaß zu ignorieren oder abzutun, in dem unsere jüngste Geschichte der neoliberalen Dominanz einen Großteil der Menschheit in ungerechte Gefahr gebracht hat. Die Ironie besteht darin, dass die Fähigkeit der reichen Welt, viele ihrer von der Pandemie betroffenen Unternehmen (wenn sie groß genug sind) und Arbeitskräfte (wenn sie hochqualifiziert genug sind) öffentlich zu finanzieren, so viel neues Geld im globalen Finanzraum geschaffen hat, dass diejenigen, die in der Lage waren, daraus Kapital zu schlagen (die Klasse der Milliardäre), enorm reich geworden sind.

Für eine kurze Zeit verlangsamte der Zusammenbruch der globalen Versorgungsketten große Teile der mit fossilen Brennstoffen betriebenen Industrialisierung oder stellte sie ganz ein, und der Planet atmete kurzzeitig auf. Doch diese Erleichterung war nur von kurzer Dauer, denn der sechste Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen aus dem Jahr 2021 warnt uns, dass uns nur noch wenige Jahre bleiben, um einen katastrophalen Wendepunkt zu vermeiden. Die Politik, die sich mit den Millionen von klimagefährdeten, von Konflikten vertriebenen, flüchtigen oder vor Armut fliehenden Menschen befasst, versagt nach wie vor beim Schutz der am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen.

Das Kapitel enthält einige Signale für einen positiven Wandel. Im Zuge der Ausgaben der Länder mit hohem Einkommen (HIC), die ihre Volkswirtschaften und Gesellschaften in den letzten zwei Jahren zusammenhalten mussten, ist endlich von einer nationalen und globalen Steuerreform die Rede. Der vorgeschlagene Mindestsatz für die globale Körperschaftssteuer (15 %) ist zu niedrig, Unternehmen könnten ihn immer noch umgehen, und der Großteil der Einnahmen wird an die Schwellenländer gehen. Aber es ist ein Anfang. Bewegung bei den marginalen Einkommens- und Vermögenssteuern ist jedoch dringend erforderlich. Warum sollte Jeff Bezos von Amazon (wie andere milliarden schwere Superreiche) in der Lage sein, fast keine Einkommenssteuer zu zahlen (Kiel, Eisinger, and Ernsthausen 2021) und sich stattdessen eine eine halbe Milliarde Dollar teure Jacht bauen lassen (Pendleton and Stone 2021)? Die Länder überschlagen sich in ihrer Eile, "grün" zu werden, und selbst wenn die Maßnahmen der grünen Wirtschaft begrenzt und aus Sicht des planetarischen Ökosystems zutiefst fehlerhaft sind, schaffen sie doch Plattformen für Veränderungen, die Aktivisten nutzen können. In unserer Welt der Impfstoff-Apartheid wird es jedoch einige Zeit dauern, bis alle potenziellen Vorteile dieser Initiativen die Besitzlosen erreichen.



Diese Enteignung ist auch stark geschlechtsspezifisch geprägt, wie in Kapitel A2 über die Ungerechtigkeiten der Pandemie beschrieben wird. Das Geschlecht war in fast jeder *Watch* ein Thema, vor allem im Zusammenhang mit sexuellen und reproduktiven Rechten; dies gilt auch für die vorliegende *Watch*. In Kapitel A2 wird jedoch sorgfältig darauf geachtet, dass die vielfältigen und sich überschneidenden geschlechtsspezifischen Diskriminierungen und Unterdrückungen aufgezeigt werden. Der Schwerpunkt liegt auf den geschlechtsspezifischen Ungleichheiten der Pandemie im Globalen Süden, insbesondere in Südasien, mit dem Augenmerk darauf, wie COVID-19 Frauen in ihrer Rolle als Gesundheits-, Sozial- und Hausangestellte unverhältnismäßig stark und negativ betroffen hat. Sie beinhaltet eine Analyse der "Schattenpandemie" geschlechtsspezifischer Gewalt und dehnt diese auf ein Spektrum von Geschlechtsidentitäten aus, das über cisgeschlechtliche Frauen hinausgeht und auch trans-, intersexuelle und nicht-binäre Personen einschließt, die allesamt eher marginalisiert werden. Sie erzählt auch zwei Geschichten von Aktivismus für Geschlechterrechte: feministische Kampagnen gegen den scharfen Rechtsruck in Brasilien, bei denen der Schwerpunkt auf dem Aufbau gegenseitiger Hilfe lag, und Argentiniens erfolgreiche "grüne Welle", die zur Legalisierung der freiwilligen Abtreibung bis zur 14.<sup>th</sup> Schwangerschaftswoche führte. Angesichts des heftigen Widerstands gegen die Abtreibungsreform seitens der katholischen Kirche Argentiniens und der Evangelikalen (unter anderem) war es die beharrliche und massenhafte Mobilisierung der Feministinnen der "grünen Welle", die zu einem erfolgreichen "Pro-Choice"-Ergebnis führte, das mit Sicherheit auf die Nachbarländer mit restriktiverer Politik ausstrahlen wird.

Der Abschnitt endet mit einer Rückkehr zu einigen der im ersten Kapitel angesprochenen Themen. Es gibt Prognosen für ein wieder ansteigendes Wirtschaftswachstum, das von "Chefökonominnen" auf etwa 6 % geschätzt wird (Centre for the New Economy and Society 2021). Der Verbrauch wird drastisch ansteigen. Während viel von einem "grünen Aufschwung" die Rede ist, gibt es kaum feste Zusagen zur Verringerung des gesamten ökologischen Ressourcenverbrauchs. Kapitel A3 befasst sich mit dem provokativen Konzept des "Degrowth" - einer kontrollierten Verringerung des Gesamtverbrauchs der Menschheit, indem der globale Norden (und die Eliten im globalen Süden) auf eine strenge Diät gesetzt werden, um in den ärmeren Ländern, in denen ein solches Wachstum für ein gesünderes Leben notwendig ist, Konsumspielraum zu schaffen. Degrowth (was manche lieber als "fares Wachstum" bezeichnen) wird eine radikale Entthronung des dem Kapitalismus innewohnenden "konsumtiven" Wirtschaftsmodells erfordern, in dem das Mantra "Wachstum, Wachstum und nochmals Wachstum" auf der Geschwindigkeit beruht, mit der neue Dinge produziert und verbraucht, Energie verbraucht und Rohstoffe auf den Müll geworfen werden. Es gibt jedoch zahlreiche Alternativen zu diesem Modell, die sich auf lokaler Ebene abspielen, von Alternativen zu den Wachstumsmetriken des Kapitalismus bis



hin zu Kreislaufwirtschaften und von Arbeitsmarktreformen bis hin zu einer Betonung und angemessenen Wertschätzung ressourcenschonender, fürsorglicher" Arbeit. Wie bei dem indigenen Konzept des *Buen Vivir* (das in früheren *Watches* und in späteren Kapiteln dieser Ausgabe behandelt wurde) werden die Bemühungen um eine Transformation einer exzessiv und ungerecht konsumierenden Welt mit ziemlicher Sicherheit zuerst in jenen lokalen Räumen entstehen, in denen die Menschen in enger Harmonie miteinander und mit einer respektvollen Fürsorge für alle Lebewesen leben.

### *Gesundheitssysteme*

Die fünf Kapitel in unserem zweiten Abschnitt beschränken den Umfang des Buches auf die Unmittelbarkeit der Gesundheitssysteme und das Terrain, auf dem die meisten Gesundheitsaktivisten arbeiten. In allen bisherigen *Watches* wurde viel Zeit damit verbracht, eine Vielzahl von Fragen im Zusammenhang mit der gerechten Bereitstellung hochwertiger Gesundheitsdienste für alle zu erörtern, wobei die Alma-Ata-Prinzipien und der klare Ruf nach "Gesundheit für alle" angeführt wurden. Gleich die erste *Wache* erinnerte uns an die Bedeutung der Alma-Ata-Prinzipien und deren Bedeutung für den Ansatz der primären Gesundheitsversorgung (PHC). Die darin hervorgehobene Frage des Verhältnisses zwischen öffentlichem und privatem Sektor (und die mit der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens verbundenen Risiken) bleibt uns erhalten. In den nachfolgenden *Watches* wurden verschiedene Aspekte dieser Fragen analysiert: die Gesundheit von Migranten, die Finanzierung des Gesundheitssystems, die problematische Entwicklung der universellen Gesundheitsversorgung (UHC), die neue öffentliche Verwaltung als "Privatisierung im Verborgenen" und die Rolle des Widerstands bestimmter Staaten gegen einen stärker staats- (und nicht markt-) orientierten Ansatz. Die Erfahrungen der einzelnen Länder wurden häufig hervorgehoben, oft kritisch, aber auch mit Berichten über progressive Veränderungen und Kämpfe. Kapitel B1 dieser aktuellen Ausgabe baut auf früheren *Watches* auf, indem es eine zeitlich begrenzte Analyse des globalen Stands der UHC/PHC-Debatten liefert, die zu dem Ergebnis kommt, dass UHC überall ist und PHC nur noch am Rande vorkommt. Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen (LMICs) sollen ihre eigene Finanzierung aufbringen (was durch die Pandemie inzwischen unbestritten in Frage gestellt wird), die Rhetorik des Marktes durchdringt die Reform der Gesundheitssysteme, und der zunehmende globale politische Diskurs über die Zusammenarbeit mit dem privaten Gesundheitssektor lässt die Kassen der Investoren klingeln. Das Kapitel zeigt, dass an der *Idee* der UHC an sich nichts auszusetzen ist, aber ihre Konzentration auf die Finanzierung und ihre Unentschlossenheit gegenüber den Nachteilen einer stärkeren Rolle privater Anbieter (allerdings immer mit staatlicher Unterstützung) hat zu einer wenig beeindruckenden oder gesundheitlich gerechten Umsetzung der UHC geführt. Die Zukunft des Gesundheitswesens





muss öffentlich sein, aber es ist die aktivistische Öffentlichkeit, die sie gestalten muss.

Wie wichtig Wachsamkeit gegenüber und Widerstand gegen den anhaltenden weltweiten Trend zur Privatisierung sind, wird in Kapitel B3 deutlich, in dem die Privatisierung des Gesundheitswesens im Rahmen des allgemeinen Einzugs privater Finanzierung und Dienstleistungserbringung in den meisten Sektoren mit "öffentlichem Nutzen" betrachtet wird. Das Kapitel beginnt mit einer Schilderung, wie frühere Jahre der Privatisierung des Gesundheitswesens (und der damit verbundenen Kürzung der öffentlichen Gesundheitsbudgets) dazu führten, dass selbst einige der reichsten Länder der Welt schlecht auf COVID-19 vorbereitet waren. Es ist erschreckend, wie schnell die Pandemie zu einem Festtag für private Akteure wurde, die mit öffentlichen Geldern gesegnet waren, um alles Mögliche zu tun, vom Betrieb von Quarantänehotels, speziellen COVID-19-Stationen und Apps zur Ermittlung von Kontaktpersonen oder, wenn sie bereits im privaten Gesundheitssektor eines Landes tätig sind, von Pandemiezuschlägen und/oder großzügigen staatlichen Betriebssubventionen zu profitieren (die USA stechen in dieser Hinsicht hervor, sind aber bei weitem nicht allein). Öffentliche oder gemeinnützige Gesundheitseinrichtungen haben die Pandemie vielleicht nicht immer gut bewältigt, aber sie haben im Allgemeinen besser abgeschnitten als private Einrichtungen, insbesondere diejenigen, die ältere Erwachsene betreuen, die am frühesten und immer noch am stärksten von COVID-19 betroffene Bevölkerungsgruppe. Trotz der hohen öffentlichen Kosten für die Bewältigung der Pandemie haben die Regierungen kaum eine andere Wahl, als ihre öffentlichen Gesundheitssysteme erheblich zu stärken. Wie in Kapitel A1 dargelegt, gibt es weltweit mehr als genug Reichtum, um dies zu tun. Es ist nur derzeit in privaten Händen gebunden und erfüllt keinen nützlichen öffentlichen Zweck.

Kapitel B3 beschreibt auch kurz einige der Innovationen, die im Bereich der Digital- und Informationstechnologien als Folge der Pandemie entstanden sind. Kapitel 2 dieses Abschnitts, das zwischen den beiden Kapiteln liegt, die sich hauptsächlich mit der Privatisierung von Gesundheitssystemen befassen, führt ein neues Watch-Thema ein: eine detaillierte Untersuchung der Digitalisierungsrevolution, die die meisten Aspekte des Lebens der Menschen, einschließlich ihrer Gesundheit, berührt. Die "Störung" durch digitale Technologien (von Big Data und Big Brother, der Überwachung durch Unternehmen oder den Staat, bis hin zu apokalyptischen oder banalen, vorgegenommenen Sorgen über das Wachstum der künstlichen Intelligenz) birgt sowohl potenzielle Vorteile als auch Risiken für die Gesundheitssysteme. Gesundheitstechnologien wurden in früheren *Watches* nur am Rande behandelt, wegen Bedenken in Bezug auf Kosten, Kontrolle und Vertraulichkeit oder den gleichberechtigten Zugang zu neuen medizinischen Produkten. In Kapitel B2 wird zum ersten Mal in einer *Watch* eingehend untersucht, wie solche Technologien die Gesundheitssysteme reformieren (oder



bald reformieren könnten). Es erkennt die plausiblen Vorteile digitaler Technologien an (mehr "personalisierte Medizin", bessere Gesundheitsergebnisse, geringere Kosten, bessere Pflegequalität, selbstbestimmte "Patienten"), stellt jedoch fest, dass es dafür - zumindest derzeit - nur wenige Belege gibt. Kritischer werden die komplexen Schattenseiten für die Privatsphäre beleuchtet, die vom Aufstieg des "Überwachungskapitalismus" und der Besitz- und Profitgier von Big Tech bis hin zum Risiko der Verfestigung einer tiefen globalen "digitalen Kluft" reichen. Es wird auch erläutert, wie die Pandemie zu immer engeren Beziehungen zwischen Regierungen und Tech-Giganten führt, da letztere im Kielwasser von COVID-19 neue Chancen auf dem Gesundheitsmarkt sehen. Das Kapitel warnt davor, dass die digitale Governance zu weit hinter der digitalen Innovation zurückbleibt, und verweist auf die Herausforderung, vor der die "Open-Source"-Bewegungen der digitalen Aktivisten stehen, wenn sie verhindern wollen, dass Konzerne Monopolansprüche auf etwas erheben, das als globales öffentliches Gut betrachtet werden sollte, in dessen Mittelpunkt die Gerechtigkeit steht.

Diese Besorgnis über Monopolrechte steht im Mittelpunkt von Kapitel B4 und ist eine Rückkehr zu einer der am häufigsten genannten Herausforderungen für das Gesundheitssystem: die Rolle des Schutzes der Rechte an geistigem Eigentum durch Handelsabkommen bei der Schaffung von Hindernissen beim Zugang zu Arzneimitteln. In diesem Kapitel wird die prekäre Lage beim Zugang zu Arzneimitteln (für einkommensschwache Gruppen oder Länder sind die Arzneimittelkosten nach wie vor die größte Ausgabe im Gesundheitswesen) aktualisiert, wobei die COVID-19-Pandemie die Ungleichheiten beim Zugang zu Arzneimitteln (und insbesondere zu Impfstoffen) dramatisch verschärft hat. Die Länder mit hohem Einkommen haben sich nicht nur mit Impfstoffen eingedeckt, sondern auch mit den meisten medizinischen Produkten (Behandlungen, Diagnostika). Eine der Hauptursachen ist das globale System der Rechte an geistigem Eigentum (IPR), das zunächst im Rahmen des Übereinkommens über handelsbezogene Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) der Welthandelsorganisation (WTO) entwickelt und dann in bilateralen und regionalen Handelsabkommen erweitert wurde. Das Kapitel befasst sich mit der kitschigen Geschichte der Weigerung großer Pharmakonzerne, ihre Impfstoffpatente oder -technologien mit anderen zu teilen (obwohl ein Großteil der Impfstoffkosten öffentlich finanziert oder durch Vorabkaufvereinbarungen der Regierungen garantiert wird), sowie mit den Bemühungen der LMICs, die zunächst von Südafrika und Indien angeführt wurden, auf eine vorübergehende Ausnahme von den TRIPS-Regeln zu drängen, um eine rasche Verbreitung von Impfstoffen zu ermöglichen. Erst nach achtmonatigen Kampagnen (Oktober 2020 bis Mai 2021) konnten Verhandlungen über eine Ausnahmeregelung auf Textbasis eingeleitet werden, deren Umfang und Erfolgchancen noch ungewiss sind. Big Pharma ist nach wie vor dagegen, die Europäische Union hält die Ausnahmeregelung nicht für notwendig, und die USA (deren Zustimmung, im Mai



2021 eine Ausnahmeregelung in Betracht zu ziehen, eine gewisse Bewegung ausgelöst hat) beschränken sie auf Impfstoffe und auf Patente (siehe Kapitel B4). Eine TRIPS-Ausnahmeregelung wird den ungleichen Zugang zu COVID-19-Impfstoffen oder -Gesundheitsprodukten nicht sofort beseitigen, auch wenn sie ein Anfang ist; und es gibt noch andere regulatorische Bedenken in Bezug auf TRIPS und "TRIPS-Plus"-Regelungen zum geistigen Eigentum. Die Verzichtskampagne hat Gesundheitsaktivisten auf der ganzen Welt eine Plattform geboten, die das Potenzial hat, grundlegendere Veränderungen in Bezug auf das Eigentum, die Kontrolle und die Verwaltung des "Gemeinguts Wissen" zu bewirken.

In der Zwischenzeit sind die Impfstoffvorräte immer noch kritisch niedrig, während die Gewinne der Unternehmen aus den Verkäufen der ersten Welle an die Schwellenländer steigen, wofür das Unternehmen Pfizer das öffentlichste Beispiel ist. Nach eigenen Angaben gegenüber seinen Aktionären rechnet Pfizer in diesem Jahr mit Impfstoffverkäufen in Höhe von 33 Mrd. USD und einem Gewinn von fast 30 % (hohe 20er Jahre"), d. h. etwa 10 Mrd. USD, wobei die Einnahmen aus Auffrischungsimpfungen nicht berücksichtigt sind. Die Steuern, die Pfizer auf seine Gewinne zahlt, betragen im Durchschnitt nur 5,8 %, da das Unternehmen Hunderte von Briefkastenfirmen in Steueroasen gegründet hat, um Steuern zu vermeiden. Nach den Regeln des TRIPS-Abkommens und den geltenden internationalen Steuergesetzen kann Pfizer behaupten, dass es nur das tut, was ihm erlaubt ist ("Pfizer Using Dutch Letterbox Company to Avoid Taxes: Report" 2021). Moderna, das den anderen mRNA-Impfstoff herstellt, steht nicht besser da, mit Gewinnen zwischen 8 und 10 Milliarden Dollar im Jahr 2021 bei einem Umsatz von nur 18,4 Milliarden Dollar. Die Gewinne werden in einem von zwei Niedrigsteuer-"Steuerparadiesen" gehalten: dem Staat Delaware in den USA und der Schweiz in der EU (Kiezebrink 2021). Ob dieses rechtlich zulässige Verhalten auch ethisch zulässig ist, steht auf einem anderen Blatt.

Das letzte Kapitel B5 des Abschnitts befasst sich mit einem Thema, das bei einer Pandemie immer wichtiger wird: die psychische Gesundheit. Die psychosozialen Folgen von COVID-19 werden zunehmend als eine der lang anhaltenden gesundheitlichen Herausforderungen angesehen, insbesondere für jüngere Menschen, deren sozialer Höhepunkt durch Schließungen, Schulschließungen und eine ungewisse Zukunft verschüttet wurde. Frühere *Watches* befassten sich mit den Herausforderungen für die psychische Gesundheit im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit, den Folgen der Finanzkrise von 2008 und der Kritik an der Tendenz der westlichen Biomedizin, jede ihrer wachsenden Listen von "psychischen Krankheiten" mit Medikamenten zu behandeln. Das letztgenannte Thema wird im vorliegenden Kapitel aufgegriffen, das zwar einige der Vorteile der Biomedizin für die psychische Gesundheit anerkennt, aber auch die Bedeutung der Primärprävention (die sich mit den Determinanten psychischer Erkrankungen auf Systemebene befasst) und die Ausweitung des Einsatzes therapeutischer Al-



alternativen zu Medikamenten und Heimunterbringung, wie z. B. psychosoziale Interventionen durch Mitarbeiter des Gesundheitswesens und Peer-Support-Netzwerke, erörtert. Strategien wie diese haben das Potenzial, den beunruhigenden Mangel an Fachkräften im Bereich der psychischen Gesundheit zu überwinden - ein weiteres eklatantes Defizit in der globalen Gesundheitsversorgung, das in Kapitel B1 beschrieben wurde und das Argument in Kapitel A3 für Investitionen in eine auf einer "Care Economy" basierende Erholung nach der Pandemie verstärkt.

### *Über das Gesundheitswesen hinaus*

Dass Gesundheit nicht nur von den Gesundheitssystemen bestimmt wird, ist seit langem bekannt, auch wenn dieses Wissen durch die Dominanz der westlichen Biomedizin während eines Großteils des vergangenen Jahrhunderts in den Hintergrund gedrängt wurde. Die sechs Kapitel in dieser aktuellen *Watch* setzen den Schwerpunkt der Reihe auf die so genannten sozialen Determinanten der Gesundheit fort, die jedoch kritischer als die hierarchischen, geschlechtsspezifischen, rassifizierten und wirtschaftlich geschichteten Systeme der sozialen Unterdrückung und Marginalisierung beschrieben werden können, die ungleiche Gesundheitsrisiken schaffen.

Kapitel C1 kehrt zu einem Thema zurück, das in der Analyse der Austeritätsagenda *in Watch 4* große Beachtung fand. Diese Agenda globalisierte das fiskalische Joch früherer Strukturanpassungsprogramme, die die reiche Welt für die ärmeren Länder als unerlässlich erachtete, um die Liquidität ihrer eigenen Finanzprivilegien zu erhalten. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie scheinen sich ebenso wie die der Finanzkrise 2008 zu wiederholen. Trotz einer geänderten Rhetorik an der Spitze (insbesondere des Internationalen Währungsfonds) dominieren die politischen Schibboleths des Neoliberalismus nach wie vor die Ratschläge, die er weltweit erteilt (und die von der Kreditvergabe abhängige LMICs als verpflichtend ansehen), als ob die in den SDGs und dem Pariser Abkommen von 2015 eingegangenen Verpflichtungen nicht ein radikales wirtschaftliches Umdenken erfordern würden. Die Zivilgesellschaft hat sich in mehreren hochentwickelten Ländern erfolgreich gegen die Kürzungen der Austeritätspolitik gewehrt, doch in den meisten LMICs war dies trotz der Wellen von Anti-Austeritäts-Protesten auf allen Kontinenten nicht der Fall. Nachdem die Austeritätspolitik den Boden für die äußerst ungerechten gesundheitlichen Folgen der Pandemie bereitet hat, wird sie nun als notwendige fiskalische Vorsicht neu erfunden, um die durch COVID-19 verursachten hohen öffentlichen Schulden der Regierungen abzubauen. Nicht weniger als vier von fünf Ländern befinden sich auf dem fiskalischen Rückzug und schrumpfen ihre öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zu ihrem ohnehin schon schrumpfenden BIP - und das, obwohl die dritte und vierte Pandemiewelle das Leben und die Lebensgrundlagen der Menschen weiter bedroht. In diesem Kapitel werden wichtige Optionen zur



Umkehrung dieses Kurses aufgezeigt, die denen in Kapitel A1 ähneln. Einige davon sind in einigen Ländern bereits gang und gäbe, während neuere nur zögerlich umgesetzt werden, und alle erfordern einen "entgegenkommenden makroökonomischen Rahmen". Wie auch immer dieser Rahmen aussehen mag, er muss der in Kapitel A3 ausführlich erörterten Agenda für Umweltgerechtigkeit (Degrowth) Rechnung tragen.

Sie wird auch den globalen Arbeitsmärkten Beachtung schenken müssen, die sich nach wie vor in Aufruhr befinden. Bis auf eine kleine Anzahl hochqualifizierter (in der Regel technologiebasierter) Arbeitnehmer sind alle mit geringeren Verdiensten, unsicheren Arbeitsverhältnissen, dem Verlust von Sozialleistungen und einem immer kleiner werdenden Anteil am weltweiten Wirtschaftskuchen konfrontiert. Informelle Arbeitsverhältnisse sind nichts Neues, vor allem in den LMICs, deren Beschäftigungsmöglichkeiten (wenn auch ausbeuterisch) sich mit der Globalisierung und dem Outsourcing verbessert haben. Aber sie werden zum globalen Standard, mit einer "Gig"-Wirtschaft, die von Apps und Arbeitsplattformen angetrieben wird, die eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern in "Just-in-Time"-Arbeiter verwandeln. In Kapitel C2 wird festgestellt, dass COVID-19 eine schlechte Situation noch verschlimmert, auch wenn in einigen Schwellenländern, die eine nationale Herdenimmunität erreichen und ihre Wirtschaft wieder ankurbeln, eine Umkehrung der anfänglichen Beschäftigungsverluste durch die Pandemie zu beobachten ist. Am schlimmsten erging es den Arbeitnehmern im Niedriglohnsektor (was nicht überrascht), den Teilzeitbeschäftigten und den Beschäftigten in Hochrisikosektoren (Landwirtschaft, verarbeitendes Gewerbe, Nahrungsmittelindustrie) und, wie in Kapitel A2 dokumentiert, im Gesundheitswesen. Der geschlechtsspezifische Aspekt der pandemischen Rezessionsunterbrechungen hat einige dazu veranlasst, sie als "Shecession" zu bezeichnen, da Frauen am härtesten vom Arbeitsmarkt betroffen sind und die Wahrscheinlichkeit, dass sie wieder eine Beschäftigung finden, geringer ist als bei Männern. Als Reaktion auf die gesundheitlichen und sozialen Unsicherheiten am Arbeitsplatz vor und nach der Pandemie hat es nicht an gewerkschaftlichem Aktivismus gefehlt, und die Zahl der gewerkschaftlichen Organisierungsbemühungen ist deutlich gestiegen. Da die Arbeitsmärkte jedoch wahrscheinlich weiterhin unter Druck stehen werden, weil die Globalisierung die frühere Ära des Sozialvertrags zwischen Staat, Arbeit und Markt zunichte macht, wird dem Konzept der bedingungslosen Geldtransfers mehr Aufmerksamkeit geschenkt: ein universelles, steuerfinanziertes Grundeinkommen, das als Bürgerrecht garantiert wird. Solche Transfers sind zwar weder ein Allheilmittel noch ein Ersatz für strengere Arbeitsvorschriften, aber sie verbinden den Kampf für "menschenwürdige Arbeit" stärker mit dem Bestreben, "soziale Schutzniveaus" für alle zu schaffen.

Eine der Bedenken der Rechten in Bezug auf bedingungslose Geldtransfers ist, dass die Armen, die mehr Geld in der Tasche haben, es einfach



ungesund für Zigaretten, Junkfood und Alkohol ausgegeben werden. Es gibt keine Belege für diese Assoziation mit solchen Geldtransfers, aber die Besorgnis über die "kommerziellen Determinanten der (schlechten) Gesundheit" ist berechtigt, wie Kapitel C3 dokumentiert. COVID-19 mag unsere menschliche Anfälligkeit für neuartige Infektionen erneut bestätigt haben, aber das, was die WHO als "Zeitlupenkatastrophe" der nicht übertragbaren Krankheiten (NCDs) bezeichnet, hat seine anhaltende Bedeutung nicht verloren. Darüber hinaus sind die "Risikofaktoren" für nicht übertragbare Krankheiten genauso übertragbar wie die für Infektionskrankheiten, was größtenteils auf die globale Verbreitung "ungesunder Waren" zurückzuführen ist, die von kommerziellen, kapitalanhäufenden transnationalen Unternehmen hergestellt und vermarktet werden. Das Kapitel geht auf einige der bekannten Strategien ein, die von der Tabak-, der fettleibigen Nahrungsmittel- und der Alkoholindustrie zur Durchsetzung ihrer Interessen eingesetzt werden (Marketing, Lobbyarbeit, Rechtsstreitigkeiten und der Deckmantel der sozialen Verantwortung von Unternehmen), aktualisiert diese jedoch mit einem Blick darauf, wie die Pandemie neue digitalisierte Nischen für ihre Verbreitung geschaffen hat. Einklagbare Handels- und Investitionsabkommen sind nach wie vor ein starkes Hindernis für die Bemühungen der Aktivisten, die Verbreitung dieser "ungesunden Waren" einzudämmen, auch wenn es einige Erfolge bei der Begrenzung der durch die Deregulierung verursachten Schäden gegeben hat, vor allem in Bezug auf Maßnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums. Trotz des massiven Widerstands der Unternehmen und mit der Unterstützung einer starken Mobilisierung der Zivilgesellschaft und der Fürsprache für die öffentliche Gesundheit wenden sich immer mehr Regierungen der Kennzeichnungs- und Steuerpolitik zu, um den Konsum gesundheitsschädlicher Produkte einzuschränken.

Letztlich und insbesondere im Hinblick auf die Produktion und den Konsum gesunder Lebensmittel muss die nationale und globale Politik dem Schutz der Gesundheit unserer Umwelt mehr Aufmerksamkeit schenken. In allen bisherigen *Watch-Ausgaben* wurde auf den sich verschlechternden Zustand der Gesundheit unseres Planeten und damit auf die künftigen (ja, bereits jetzt bestehenden) Risiken für unsere menschliche Gesundheit hingewiesen. Der Klimawandel, der Wasserverlust und die mineralgewinnende Industrie waren bereits in früheren Ausgaben ein Thema und sind auch in vielen Kapiteln dieser Ausgabe präsent. Die Rohstoffindustrie ist das beherrschende Thema in Kapitel C4, einer fesselnden Verflechtung von Berichten aus mehreren Ländern und von Autoren, die dem Kreis der Peoples' Health Movement (PHM) Umwelt und Gesundheit angehören. Sie zielen auf das Konzept der Entwicklung selbst und seine Abhängigkeit von der endlosen Förderung sogenannter "natürlicher Ressourcen" ab, ein Phänomen, das von rechten Regierungen beschleunigt wird, aber auch vermeintlich linken Regierungen nicht fremd ist. Zu Beginn des Kapitels wird die



kapitalistische Weltanschauung der Entwicklung derjenigen von *Sumak Kawsay* gegenübergestellt, der indigenen Philosophie Ecuadors, die auch als *Buen Vivir* bekannt ist und der Philosophie vieler indigener Völker Lateinamerikas entspricht. Mehrere der neun Fallstudien des Kapitels befassen sich mit dem Bergbau, während andere sich auf Wasser (und Wasserrechte), die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Klimawandels, den giftigen Aufstieg der Agrarindustrie und die anhaltenden Kämpfe zur Verteidigung von indigen bewohnten, biodiversen Regionen des Planeten gegen räuberische kommerzielle und mitschuldige staatliche Angriffe konzentrieren. Indem das Kapitel das Ausmaß und die Intensität des aktivistischen Widerstands gegen die dem Extraktivismus innewohnende Pathologie hervorhebt, verharmlost es nicht das Ausmaß des Schadens, der immer noch durch den "Entwicklungs"-Mythos des Extraktivismus angefacht wird. Aber es macht deutlich, dass es notwendig ist, diesen Mythos in Frage zu stellen, und zeigt einige der Mittel auf, um dies zu tun.

Ein ähnliches Argument wird in Kapitel C5 vorgebracht, das Themen aus den beiden vorangegangenen Kapiteln zusammenführt: ungesunde (industrialisierte) Lebensmittel und die nicht nachhaltige Nutzung der ökologischen Ressourcen des Planeten. Das Argument in diesem Kapitel ist einfach: Das globale Lebensmittelsystem ist kaputt. Es verschmutzt, konzentriert die Kontrolle auf einige wenige Oligopole und verwüstet das für die Produktion benötigte Land, während es nicht in der Lage ist, den Bedarf der Welt an gesunden und nahrhaften Lebensmitteln zu decken. Das Kapitel baut auf früheren *Watches auf*, die sich mit den Wurzeln der Unterernährung bei den einen und der Überernährung bei den anderen, der zunehmenden Ernährungsunsicherheit, der zunehmenden Abhängigkeit von Unternehmenstechnologien zur Kompensation von Fehlernährung und der Notwendigkeit des Schutzes des Rechts der Gemeinschaften auf Ernährungssouveränität befassen. Das Kapitel befasst sich eingehend mit der Geschichte des vorherrschenden agrarindustriellen Modells und kontrastiert es mit agrarökologischen Alternativen, die trotz der fortschreitenden Korporatisierung der Landwirtschaft überlebt haben. Es werden zahlreiche Belege für die Fähigkeit der Agrarökologie gefunden, sowohl den menschlichen Nahrungsmittelbedarf als auch die planetarische Nachhaltigkeit zu erfüllen, und es werden ermutigende Beispiele angeführt. COVID-19 hat einige dieser Initiativen zurückgeworfen: lange Haltbarkeit und verpackte verarbeitete Lebensmittel schienen sicherer zu sein als lokale Lebensmittelmärkte in einer mobilitätseingeschränkten, Masken tragenden pandemischen "neuen Normalität". Aber die Mobilisierungsarbeit zur Gestaltung eines Wandels der globalen Nahrungsmittelsysteme wird durch den Mechanismus für die Zivilgesellschaft und indigene Völker (CSM), der Teil des UN-Ausschusses für Welternährungssicherheit ist, weiter ausgebaut. Kurzfristig wird es darauf ankommen, inwieweit die Agrarökologie verhindern kann, dass technische/

konzerneigene Lösungen und die ihnen zugrundeliegenden wirtschaftlichen Interessen die globale Ernährungspolitik dominieren.

Der Abschnitt schließt mit Kapitel C6, das einen düsteren Ton über den Zustand der globalen Konflikte und die Aussichten für eine Neubelebung der globalen Friedensbewegung anschlägt. Der Reichtum und die Ressourcen, die von dem verbraucht werden, was wir einst kurz und bündig als "militärisch-industrieller Komplex" bezeichnet haben, werden in einem Kontext akuter gesundheitlicher und sozialer Not immer absurder, da die Welt versucht, ihre pandemischen Krisen zu überwinden. Das Kapitel erinnert uns an das Ausmaß des gesundheitlichen Gemetzels in zwei der schlimmsten Konfliktgebiete der Welt (Jemen und Syrien), das durch COVID-19 noch verschlimmert wird, und daran, wie diese Stellvertreterkriege von staatlichen und kommerziellen Interessen im Waffenhandel getragen werden. Es wird beschrieben, wie Islamophobie, zum Teil unter dem Deckmantel der Pandemie, das nährt, was viele Aktivisten als Völkermord betrachten; und es wird festgestellt, dass zu viele Länder COVID-19 in ihren Reaktionen "waffentauglich" machen, wobei Autokratien in vielen Regionen der Welt die Demokratien herauszufordern scheinen. Aber es gibt auch Lob für Reformen: den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen, der im Januar 2021 in Kraft getreten ist, die Zunahme des "Friedens von unten" (die Basisinitiativen zur Schaffung der Voraussetzungen für Frieden und sozialen Zusammenhalt) und die herausragende Rolle, die Frauen bei vielen dieser Bemühungen spielen.

### *Beobachtung von*

Der eigentliche Gedanke von *Global Health Watch* besteht darin, zu "beobachten" - die globalen Kräfte zu beobachten, zu untersuchen, zu analysieren und zu hinterfragen, die die Möglichkeiten der Gesundheit durch ihre Auswirkungen auf die sozialen und ökologischen Wege zur Gesundheit und ihre Rolle bei der Erreichung einer größeren (oder geringeren) Gerechtigkeit bei diesen Möglichkeiten hervorbringen. Die Themen, die sich durch diesen Abschnitt ziehen, lassen sich in zwei Worten zusammenfassen (Global Governance) und die Bedrohung ihrer demokratischen Rechenschaftspflicht (die wachsende Macht der Wirtschafts- und Unternehmenseliten der Welt). Da es keine globale Regierung gibt (abgesehen von den Beschlüssen des UN-Sicherheitsrats, die mit Gewalt durchgesetzt werden können), gibt es eine Vielzahl von Multistakeholder-Governance-Plattformen. An diesen kollektiven Entscheidungstischen sitzen (gewählte oder nicht gewählte) Regierungen, aber sie werden allmählich von privaten Akteuren, den "philanthropkapitalistischen" Superreichen und dem Unternehmenssektor überstimmt, auf deren Reichtum und Macht sich unser UN-System der zwischenstaatlichen Organisationen zunehmend verlässt.

Kapitel D1 gibt den Ton an mit seiner vernichtenden Kritik an der schwindenden Rolle der WHO als globale Gesundheitsorganisation. Dies ist





nicht neu und war bereits in mehreren *Watches* ein Thema. Doch die Situation verschlimmert sich, da die WHO nur noch einen geringen Teil ihrer Mittel aus "veranlagten Beiträgen" bezieht, über die sie über die Weltgesundheitsversammlung (WHA) die Ausgabenkontrolle hat. Die programmatischen Funktionen der WHO hängen jetzt stark von einigen wenigen reichen Ländern und privaten reichen Gebern ab, was diesen Gebern ein privilegiertes Recht auf die Festlegung der Tagesordnung gegenüber der repräsentativeren WHA einräumt. Die Finanzierungsdefizite der WHO sind auch der Grund dafür, dass sie in den ersten Monaten der Pandemie ins Straucheln geriet, als sie, wie ihre wohlhabenderen Mitgliedstaaten, aus den Erfahrungen mit SARS und anderen bedrohlichen Pandemien gelernt hatte und im Falle des Ausbruchs eines neuen "internationalen Gesundheitsnotfalls" (PHEIC) nicht über entsprechende finanzielle Mittel verfügte. Die globale Reaktion auf COVID-19 wurde stattdessen von einer öffentlich-privaten Partnerschaft (PPP), dem Access to COVID-19 Tools Accelerator (ACT-A), übernommen, an der die WHO beteiligt ist, aber nicht die Federführung hat. Dieses Modell, das weitgehend von Bill Gates konzipiert und finanziert wurde, weigert sich, Unternehmensinteressen in Frage zu stellen (in erster Linie die in Kapitel B4 erörterten Monopole des geistigen Eigentums von Big Pharma) und hat es bisher versäumt, die vermeidbare Tragödie der Impfstoff-Apartheid zu beenden. Ob ein Rückblick auf die Zeit nach der Pandemie zu einer weiteren Überarbeitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften oder zu einem völlig neuen Pandemievertrag führt, ist unbedeutend; die Notwendigkeit, dass die WHO-Mitgliedsstaaten ihre Beiträge anteilig erhöhen, ist es nicht. Das Ausmaß der Finanzierungskrise der WHO wird umso deutlicher, als 2020 eine eigene Stiftung gegründet wurde, an deren Spitze ein ehemaliger Big-Pharma-CEO steht und die um Spenden von Unternehmen und Privatpersonen bittet, deren Rendite die WHO mit neuem Betriebskapital versorgen würde. Die Tatsache, dass dieses Modell die WHO in dasselbe globale Finanzsystem einbindet, das zu dem in Kapitel A1 beschriebenen Anstieg der Einkommens- und Vermögensungleichheit beigetragen hat, ist eine Ironie, die von den meisten unbemerkt geblieben ist.

Der Dreiklang Finanzierung/Global Governance/Privatisierung taucht in den späteren Kapiteln des Abschnitts wieder auf. Kapitel D2 wirft jedoch einen vorwurfsvollen Blick auf eine andere Facette des Regierens: die durchsetzbaren Handels- und Investitionsregeln, die die Weltwirtschaft (und die ökologischen Gemeingüter) zumindest im letzten Vierteljahrhundert geprägt haben. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Abkehr vom Multilateralismus der WTO und dem Trend zu bilateralen oder regionalen Handelsabkommen, die per definitionem eine Ergänzung zur WTO darstellen. Bei den neuen Verträgen, die auf ihre neuen potenziellen Gefahren für die öffentliche Gesundheit hin untersucht werden, handelt es sich um das CPTPP (Comprehensive and Progressive Transpacific Partnership Agreement) und das USMCA (US/Mexiko/Kanada Agreement). Beide Abkommen verschärfen die



Zügel für politische Maßnahmen, die Regierungen ergreifen könnten, um den Handel zu behindern, und enthalten neue Regeln dafür, wie künftige Vorschriften entwickelt werden sollten, einschließlich der Möglichkeit oder sogar des Erfordernisses der Beteiligung von Unternehmen aus anderen Ländern. Die Verbesserung der regulatorischen Kohärenz zwischen den Handelsländern ist nicht unbedingt etwas "Schlechtes", aber es hängt davon ab, ob diese Kohärenz auf gesundheitlicher Gerechtigkeit, Arbeitsrechten und Umweltschutzergebnissen beruht. Trotz der Aufnahme neuer Arbeits- und Umweltkapitel in einige bilaterale und regionale Abkommen können diese einen "Wettlauf nach unten" verhindern (oder zumindest verlangsamen), sind aber kaum ein ermächtigender "Griff nach oben", obwohl das USMCA-Arbeitskapitel ein gewisses arbeitnehmerfreundliches Potenzial hat, insbesondere für mexikanische Fabrikarbeiter, die den US-Industriesektor beliefern. Der beunruhigendste Aspekt solcher Verträge liegt weniger im Handel als vielmehr in den Investitionen. Internationale Investitionsverträge sind zu einer der räuberischsten Formen des finanzierten Kapitalismus geworden, wobei spekulative Investoren, Anwaltskanzleien und transnationale Unternehmen Regierungen (und die Menschen, die sie vertreten) als Geiseln für vage formulierte Vertragsregeln und geheime Gerichtsverfahren halten. Jüngstes Beispiel: laufende oder geplante Versuche, Regierungen, die durch ihre Pandemie-Rettungspakete steuerlich belastet sind, wegen der von ihnen auferlegten Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu verklagen, da diese Maßnahmen die voraussichtliche Rentabilität ihrer Investitionen beeinträchtigt haben könnten.

In diesem Kapitel wird darauf hingewiesen, dass es einige Möglichkeiten gibt, die Verhandlungen über Handels- und Investitionsverträge zu beeinflussen, auch wenn die zugrunde liegenden (und immer noch weitgehend neoliberalen) wirtschaftlichen Erwägungen weiterhin vorherrschen. Die WTO ist nur ein kleiner Teil des globalen Regierungssystems, auch wenn ihre Streitbeilegungsregeln sie zu einer der mächtigsten machen. Die UNO ist ein viel größeres Netzwerk zwischenstaatlicher Organisationen, die mit einer Vielzahl von Aufgaben betraut sind, von denen sich viele, wie die WHO, mit dem sozialen Schutz im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Gesellschaft befassen. Wie in Kapitel D3 beschrieben, ist dieses Nachkriegsnetzwerk seit den 1990er Jahren ebenso stark unterfinanziert wie die WHO - in demselben Jahrzehnt, in dem die neoliberale Wirtschaftsorthodoxie so dominant geworden war, dass einige (wenn auch voreilig) das "Ende der Geschichte" ankündigten. Das Kapitel kritisiert insbesondere die Bemühungen der UNO, sich mit den transnationalen Konzernen zu arrangieren, um deren finanzielle Unterstützung zu erhalten. Dieses Entgegenkommen mündet in einem nicht einklagbaren "Global Compact", der dem Kult der "sozialen Verantwortung von Unternehmen" (CSR) mehr Glaubwürdigkeit verleiht als den Beweis für eine CSR, die ein Lob verdient. Eine positivere Entwicklung, die durch den anhaltenden Druck der Zivilge-



sellschaft vorangetrieben wird, sind die Bemühungen, einen verbindlichen Vertrag über die Menschenrechtsverpflichtungen transnationaler Unternehmen zu schaffen. Der Widerstand gegen ein solches Abkommen seitens derer, die es regeln würde, ist wenig überraschend heftig; aber die Pandemie könnte dem Abkommen den nötigen Anstoß geben, um die Ziellinie der Verhandlungen zu überschreiten. Solange es jedoch keinen neuen "Finanzierungspakt" zur Unterstützung der Kernfunktionen der UN-Organisationen gibt (einschließlich derjenigen, die die Einhaltung von Menschenrechtsverträgen durch die Staaten überwacht), werden mächtige wirtschaftliche Eigeninteressen auch weiterhin die immer noch beständigen Bemühungen um eine friedensstiftende Global Governance unterwandern.

Kapitel D4 konzentriert sich auf zwei globale Organisationen, deren Führung seit langem in Frage gestellt wird: die Weltbank (WB) und der Internationale Währungsfonds (IWF). In früheren Kapiteln wurden bereits Bedenken über die Politik und die Praktiken beider Organisationen geäußert. Wie D4 feststellt, mag die Sprache der Strukturanpassung verschwunden sein, aber ihre grundlegenden Prämissen wurden einfach neu verpackt. Die WB tauscht die neoliberalen Tropen gegen die Idee des "Humankapitals" aus, wobei zumindest die Bedeutung von Investitionen in Gesundheit und Bildung nach den SDGs in den Vordergrund gerückt wird, allerdings weniger als Selbstzweck, sondern mehr als Mittel zum Dauerbrenner: verbessertes Wirtschaftswachstum. Das Humankapitalprojekt der WB ist mit ihrer Politik zur Verbesserung der Geschäftsmöglichkeiten verknüpft und fügt sich nahtlos in die Kreditvergabe an den Privatsektor durch die Internationale Finanz-Corporation und ihre Strategie des "Aufbaus von Märkten" und der Positionierung des Wachstums des Privatsektors als eine Priorität nach der Pandemie ein. Die interne Dynamik der Weltbank und des IWF steht jedoch in gewissem Widerspruch zueinander, da auf der gemeinsamen Tagung 2020 immer wieder von "Investitionen in Menschen" die Rede war. Der Widerspruch besteht darin, woher diese Investitionen kommen sollen: eine weitere Runde von Sozialinvestitionsanleihen (hoffentlich eine Lehre aus der übermäßigen Großzügigkeit, die bei den gescheiterten Pandemieanleihen gewährt wurde), mehr öffentlich-private Partnerschaften oder, im Falle des IWF, großzügigere Sonderziehungsrechte (SZR) für die LMIC (die die Länder nach eigenem Gutdünken nutzen können, aber nicht ohne politische Beratung durch den IWF, um sicherzustellen, dass die Länder notwendige makroökonomische Anpassungen und Reformen nicht aufschieben" (Internationaler Währungsfonds 2021))? Beide Institutionen haben LMIC-Regierungen Mittel zur Verfügung gestellt, um sie bei der Bewältigung von COVID-19 zu unterstützen, einschließlich der WB, die Geld für die COVAX-Impfstoffinitiative bereitstellte. Enttäuschend ist jedoch, dass die WB (oder zumindest ihr von den USA ernannter Generaldirektor) gegen die TRIPS-Ausnahmeregelung ist.



Sowohl der IWF als auch die Weltbank scheinen sich des Risikos einer weit verbreiteten sozialen Rebellion und eines Zusammenbruchs der Regierung bewusst zu sein, wenn nicht schnell und angemessene Maßnahmen zur Beendigung der Pandemie ergriffen werden. Dies wird umso wichtiger, wenn man bedenkt, dass das Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern, die die Pandemie als erste überstanden haben, nur langsam ansteigen wird, während die Spekulationen auf den Immobilien- und Finanzmärkten weitergehen und eine massive Blase von historischem Ausmaß aufblähen. Das Nettoergebnis beider Trends ist ein wahrscheinliches Ende oder eine Verlangsamung der Pandemie-Ära des "billigen Geldes", des Anstiegs der COVID-19-Hilfsmaßnahmen, der Konjunkturausgaben nach der Pandemie und der Erhöhung der Geldmenge durch die moderne Geldtheorie. Wie in Kapitel A1 erwähnt, sind die reichen Länder, die sich diese Maßnahmen leisten konnten, nun bereit, die Zinssätze zu erhöhen, um die nachgelagerten Inflationsrisiken zu minimieren. Diese Verschärfung der monetären Bedingungen wird wahrscheinlich in vielen LMICs, die bereits (wieder) vor der Pandemie verschuldet waren und es jetzt erst recht sind, große Schuldenkrisen auslösen. Wenn solchen Krisen (erneut) mit Sparmaßnahmen begegnet wird, was wahrscheinlich ist, werden die sozialen Unruhen weltweit zunehmen und die autokratischen Regierungen werden darauf reagieren.

Das abschließende Kapitel D5 des Abschnitts enthält eine scharfe Kritik an dem, was es als unsere gegenwärtige Ära der Straflosigkeit von Unternehmen bezeichnet. Einige Themen wiederholen sich aus anderen Kapiteln (insbesondere ein eingehenderer Blick auf die Verhandlungen über einen verbindlichen Vertrag über transnationale Unternehmen und Menschenrechte sowie ein Überblick über die Vergehen von Unternehmen und den Widerstand von Gemeinschaften seit den 1990er Jahren), aber das Hauptargument ist, wie das Weltwirtschaftsforum (WEF) nach der Pandemie mit seinem "Great Reset" das Privatkapital und die Herrschaft der Unternehmen im Herzen des UN-Systems verankern will. Die Leser von *Watch sind* wahrscheinlich mit dem WEF vertraut, dem jährlichen Treffen der Unternehmens-, Finanz- und (gelegentlich) Wissenschaftselite, das in der Regel in Davos in der Schweiz stattfindet. Der Gründer des WEF, Klaus Schwab, predigt seit einigen Jahren das Evangelium des Multistakeholderismus und das, was er als "Stakeholder-Kapitalismus" bezeichnet, in dem die Unternehmen ihre Rolle neu definieren, weg von der Maximierung des Shareholder Value hin zu einer Rolle, die (mit Anklängen an CSR) ihre Verantwortung gegenüber ihren Arbeitnehmern, ihren Kunden und ihren Gemeinschaften anerkennt. Leider verheißt das Verhalten der Vergangenheit nichts Gutes für einen solchen "Reset", und Aktivisten sind mehr als nur ein wenig besorgt, dass er zu einem weiteren Feigenblatt für ein ungleichmachendes Business-as-usual wird. Die unmittelbare Sorge, die in diesem Kapitel zum Ausdruck kommt, ist die langsame Einbindung des WEF in die UNO-Governance-Strukturen, wodurch die beunruhigende Überschneidung von Unternehmens-/Kapitalin-



teressen mit den wenigen demokratisch rechenschaftspflichtigen globalen Governance-Systemen noch verstärkt wird.

Dieses eher nüchterne Ende des Abschnitts gibt uns Gelegenheit, im letzten Kapitel über das Potenzial für aktivistischen Widerstand und eine wirklich transformative Wende nach der Pandemie nachzudenken. Wir sind nicht naiv oder unkritisch idealistisch genug, um zu ignorieren, dass autokratische Regime schon vor der Pandemie und jetzt im Schatten der Pandemie den öffentlichen Protest zunehmend unterdrücken. Die Demokratie (insbesondere in ihrer westlich-liberalen Form) war noch nie ein perfektes System; und der weltweite Aufstieg Chinas unter einem staatskapitalistischen Regime, das keinen Anspruch auf Demokratie erhebt, stellt eine besondere Herausforderung für diejenigen zivilgesellschaftlichen Bewegungen dar, deren Fähigkeit, zu agitieren, zu handeln und für ihre Belange einzutreten, durch demokratische Rechtsnormen zumindest einigermaßen geschützt ist. Ob wir nun der in Kapitel A3 dargelegten "glokalisierten" Idee einer postpandemischen Zukunft des Wachstums, in der unsere sozialen und ökologischen Verpflichtungen einander gegenüber in einem menschlicheren Maßstab umgesetzt werden, oder einer wiederbelebten sozialistischen Vision von Regierungsführung und Regierung auf mehreren Ebenen, wie sie in den Kapiteln dieser Ausgabe angedeutet wird, anhängen, die Notwendigkeit, weiterhin "die Wahrheit zur Macht zu sagen" - ja, die Weisheit den willentlich Unhörenden zuzurufen - bleibt die Kraft, die unseren aktivistischen Elan nährt.

Dies angesichts der zunehmenden Herausforderungen des Aktivismus zu tun, ist das Thema unseres abschließenden Kapitels, das einige der Lehren aus zwei Jahrzehnten "Gesundheit für alle"-Organisation und -Kampagnenarbeit von PHM hervorhebt. Es stützt sich zunächst auf eine reflektierende Studie über die Arbeit von PHM, eine Selbstverpflichtung gegenüber den vielen Aktivisten weltweit, die sich unter seinem Namen und seinen visionären Zielen engagieren. Die Studie, an der zahlreiche Aktivisten aus aller Welt beteiligt waren, fasst mehrere Prinzipien aus der Praxis zusammen und zeigt, wie sich diese in den geplanten künftigen Bemühungen von PHM widerspiegeln. Sie fasst einige der wichtigsten Beispiele für solche Prinzipien in der Praxis zusammen, die in den Kapiteln dieser Ausgabe von *The Watch* erscheinen. Ein zentrales Thema ist das der Konvergenz: "ein Zusammenkommen von Menschen, Organisationen und Bewegungen, die ähnliche Sorgen um die Gesundheit haben und der Rolle der neoliberalen Globalisierung bei der Aufrechterhaltung gesundheitlicher Ungleichheiten kritisch gegenüberstehen". Es gibt keine Gewissheit, dass eine solche Konvergenz die ökologisch gerechte Welt schaffen wird, die die Bemühungen der meisten progressiven sozialen Bewegungen antreibt. Aber diese Bemühungen sind ebenso Selbstzweck wie wesentliche Mittel für unsere gesündere Zukunft; und diese Ausgabe ist, wie alle früheren *Watches*, ein bescheidener Versuch, sie zu würdigen.





Schließlich haben sich die Autoren bemüht, ihre Kapitel angesichts der sich rasch verändernden globalen Gesundheitslandschaft so aktuell wie möglich zu halten. Die ersten Kapitel wurden Ende Juni 2021 fertiggestellt, und die meisten wurden Mitte September 2021 aktualisiert. Obwohl ein Großteil des Inhalts über die unmittelbaren globalen Gesundheitsbelange hinausgeht, sollten die Leser bedenken, dass einige der beschriebenen Daten oder Ereignisse Informationen und Analysen widerspiegeln, die bis September 2021 aktuell waren.



## Referenzen

- Zentrum für die neue Wirtschaft und Gesellschaft. 2021. "Chief Economists Outlook June 2021". Schweiz: World Economic Forum.
- Kiel, Paul, Jesse Eisinger, und Jeff Ernsthausen. 2021. "The Secret IRS Files: Trove of Never-Before-Seen Records Reveal How the Wealthiest Avoid Income Tax." ProPublica. June 8, 2021. <https://www.propublica.org/article/the-secret-irs-files-trove-of-never-before-seen-records-reveal-how-the-wealthiest-avoid-income-tax>.
- Kiezebrink, Vincent. 2021. "Moderna's Free Ride". SOMO. July 13, 2021. <https://www.somo.nl/modernas-free-ride/>.
- Internationaler Währungsfonds. 2021. "Fragen und Antworten zu Sonderziehungsrechten (SZR)". IMF. August 23, 2021. <https://www.imf.org/en/About/FAQ/special-drawing-right>.
- Pendleton, Devon, und Brad Stone. 2021. "Jeff Bezos's New Superyacht Heralds Roaring Market for Big Boats." Bloomberg Wealth, 7. Mai 2021. <https://www.bloomberg.com/news/features/2021-05-07/jeff-bezos-s-new-superyacht-heralds-roaring-market-for-big-boats>.
- "Pfizer nutzt niederländische Briefkastenfirma, um Steuern zu vermeiden: Report." 2021. NL Times. May 11, 2021. <https://nltimes.nl/2021/05/11/pfizer-using-dutch-letterbox-company-avoid-taxes-report>.

## Anmerkungen

i Die Volkscharta für Gesundheit finden Sie unter <https://phmovement.org/the-peoples-charter-for-health/>.